

GIS ENDET 2023*Regeln für die Haushaltsabgabe*

WIEN. Mit 1. Jänner wird anstatt der gegenwärtigen an Fernseher und Radio gekoppelten GIS-Gebühr ein geräteunabhängiger ORF-Beitrag in Form einer Haushaltsabgabe eingehoben. Personen, die bereits bei der GIS gemeldet sind, werden automatisch in das neue System übernommen, wurde in einer Aussendung mitgeteilt.

Bisherige Befreiungen von der Gebühr bleiben aufrecht und müssen damit nicht neu beantragt werden. Wer bisher an seiner Hauptwohnsitz-Adresse die GIS nicht angemeldet hatte, muss sich ab sofort unter www.gis.at registrieren. Pro Hauptwohnsitz ist lediglich eine Meldung nötig. Für Nebenwohnsitze muss kein ORF-Beitrag entrichtet werden.

Zahlungsmodalitäten

Der ORF-Beitrag beläuft sich auf 15,30 € pro Monat und ist damit billiger als derzeit. In manchen Bundesländern wird noch eine Landesabgabe aufgeschlagen, die nicht dem ORF zugutekommt. Der Betrag ist im Voraus zu zahlen – mit Zahlschein einmal jährlich, mit Einrichtung einer Einzugsermächtigung zweimal oder sechsmal im Jahr. (red)



© Panthermedia.net/Londondeposit

Offener Konflikt

VÖZ kündigt Kollektivvertrag für Journalistinnen und Journalisten mit Ende 2023 auf – Gewerkschaft protestiert.

WIEN. Der Verband Österreichischer Zeitungen (VÖZ) hat den Kollektivvertrag für Journalistinnen und Journalisten zum Jahresende 2023 gekündigt. Der Gewerkschaft GPA bot man via Aussendung verbindlich an, die Laufzeit bis Mitte 2024 zu verlängern, um Verhandlungen zu einer Neugestaltung zu ermöglichen. Die Gewerkschaft hat unterdessen mit scharfer Kritik reagiert.

“

Um den Erhalt der Medienvielfalt zu gewährleisten, muss der Kollektivvertrag an die herrschenden Gegebenheiten angepasst werden.

Markus Mair
VÖZ-Präsident

“

Die Kündigung, die auch den Gesamtvertrag für ständig freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betrifft, begründete der Verlegerverband mit den derzeitigen ökonomischen wie technologischen Herausforderungen.

„Durch die zunehmende Umstellung auf das digitale Zeitungswesen befinden wir uns einerseits in einer direkten Konkurrenzsituation mit den internationalen digitalen Plattformen wie Google, Meta und Co. Andererseits erschwert das digitale Gratisangebot des künftig mit rund 810 Mio. Euro beitragsfinanzierten öffentlichen Rundfunks die



© APX/Tobias Steinmaurer

VÖZ-Präsident Markus Mair will neue Rahmenbedingungen verhandeln.

Transformation der Werbeerlöse“, wurde VÖZ-Präsident Markus Mair zitiert.

VÖZ will neues Rahmenrecht

Um einen „Erhalt der Medienvielfalt“ zu gewährleisten, müsse der Kollektivvertrag an die „herrschenden Gegebenheiten angepasst werden“, womit auf die Preissteigerungen und sinkenden Gesamtumsätze der Verlage verwiesen wurde. Zudem müssten Arbeitsprozesse in den Redaktionen von der Ausrichtung auf Printprodukte hin zu allen Medienkanälen umgestaltet werden, was sich im derzeitigen KV nicht abbilde.

Der Gewerkschaft schlug man vor diesem Hintergrund vor, „umgehend in ernsthafte Verhandlungen zum Rahmenrecht einzutreten, die auch die Tarifverhandlungen inkludieren“, so Grünberger. Eine Einigung soll bis Mitte 30. Juni 2024 erzielt

werden. Durch die Verlängerung der Laufzeit des derzeitigen KV ändere sich für die einzelnen Dienstnehmer zunächst nichts, wurde betont.

Gewerkschaft will Rücknahme

Bereits zuvor hatte die Gewerkschaft GPA die Kündigung des Kollektivvertrags durch den VÖZ scharf kritisiert. Dieser „Affront“ werde die Krise der Zeitungen „weiter verschärfen und ist kein Zukunftskonzept“, betonte GPA-Vorsitzende Barbara Teiber am Dienstag in einer Aussendung. Die Kündigung sei ohne vorherige Gespräche erfolgt.

„Die schwierige Situation der Zeitungsunternehmen kann und wird nicht auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen bewältigt werden“, forderte Eike-Clemens Kullmann, Vorsitzender der Journalistengewerkschaft in der GPA, die Rücknahme der Kündigung. (red)